

Der Islam in Europa – Integration oder Ghettoisierung

Prof. Dr. Mathias Rohe

Ich muss gestehen, dass ich mit ganz besonderer Freude hier spreche, ich in einer Stadt, die ich vor 36 Jahren zum ersten Mal gesehen habe. Da war ich 8 Jahre alt. Und wie der Referent des heutigen Vormittags Herr Öktem habe ich auch Beziehungen zu Harput, bzw. Elaziğ. Zwar stammen nicht meine Vorfahren von dort. Aber doch hat mein Vater dort damals als verantwortlicher Projektleiter eine Brücke über den Murat gebaut. So freue ich mich sehr darüber, dass ich sozusagen jetzt in einem anderen Fach in seine Fußstapfen hier treten kann. Nun aber zu meinem Thema „Islamisches Leben in Deutschland“. Der Kollege Lemmen hat vieles gesagt zur Organisation und zu Organisationsmöglichkeiten. Weshalb müssen sich Muslime organisieren? Es ist ja dem Islam eher fremd, solche Strukturen herauszubilden. Und in der Tat ist es so, dass man ein frommer Muslim sein kann, auch in Deutschland, und nicht irgendeiner Vereinigung angehören muss. Man kann ein islamkonformes Leben im Grundsatz auch alleine leben.

Aber nun ist der Mensch ja ein soziales Wesen, und gerade in religiösen Dingen lassen sich manche Aspekte, manche wesentliche Elemente nur in der Gemeinschaft leben. Dabei sollten wir uns allerdings davor hüten, Menschen immer nur auf ihre religiöse Identität zu reduzieren. Ich glaube, das ist ein Hauptfehler, den man in vielen westlichen Ländern in den letzten 10-20 Jahren gemacht hat: Nämlich Muslime immer nur als Muslime wahrzunehmen und nicht zu beachten, dass sie auch noch irgendeinen bestimmten Bildungshintergrund haben, irgendeine bestimmte ethnische Herkunft, sprachliche Orientierung und nicht zuletzt, dass sie einen freien Geist haben und unterschiedliche Auffassungen haben wie der Rest der Welt auch.

Deswegen ist festzuhalten, dass viele Muslime sich auch am gesellschaftlichen Leben in Deutschland beteiligen, ohne spezifische religiöse Organisationsformen herauszubilden. Wir haben lebende Beispiele dafür unter uns, dass man etwa in politischen Parteien seine Interessen einzubringen versuchen kann; dass es viele Fragen gibt, die in Sportvereinen, in Gewerkschaften, in den schon genannten Parteien oder ähnlichen Organisationen gut untergebracht sind. Daneben gibt es mittlerweile in erheblichem Umfang Kooperationen auf interreligiöser Basis, insbesondere christlich-islamische Gemeinschaften. Herr Lemmen hat hier maßgeblich mitgewirkt. Ich selbst bin beispielsweise Mitglied in der christlich-islamischen Arbeitsgemeinschaft in Erlangen, in der Stadt, in der ich wohne. Man kann sich in dieser Form der Zusammenarbeit um die alltäglichen Probleme auch kümmern, beispielsweise die Frage einer besonderen ärztlichen Betreuung von muslimischen Patienten und Patientinnen in Krankenhäusern. Das hat mit religiösen Fragen vergleichsweise wenig zu tun, eher mit einem vielleicht etwas anderem Umgang mit dem Körper, mit einer größeren Scheu, sich vorzuzeigen. In solchen Fragen ist es entscheidend, die

Bedürfnisse der Muslime überhaupt zu erkennen. Dann bedarf es hier keiner spezifisch muslimischen Organisation.

In anderen Bereichen ist das anders. Ich werde ganz zum Schluss noch etwas ausführlicher zum Thema „Islamunterricht“ Stellung nehmen. Aber denken Sie etwa auch an den schon erwähnten Bau von Moscheen, an den Betrieb von Friedhöfen, an das rituelle Schlachten und ähnliche Dinge mehr. Überall hier können und müssen Muslime sich organisieren, wenn sie sich in der Gesellschaft etablieren möchten. Über die rechtlichen Grundlagen möchte ich nichts mehr sagen; Herr Lemmen hat das Wesentliche dargestellt. Und der verfassungsrechtliche Rahmen Deutschlands wird von Herrn Kollegen Antes näher erläutert werden.

Ich möchte einmal kurz auf das Thema Moscheebau eingehen. Heute Morgen klang es schon in der Diskussion an, gelegentlich rechnet man Kirchen gegen Moscheen auf. So etwas passiert auch in Deutschland. Es gibt nicht wenige Menschen, die die Meinung vertreten, dass solange wir in Mekka keine Kirchen bauen dürfen, wir in Deutschland auch keine Moschee haben möchten. Ich sage diesen Leuten, dass wir uns nicht die Maßstäbe von Saudi Arabien zu eigen machen dürfen. Wenn in Saudi Arabien keine Religionsfreiheit herrscht, dürfen wir sie deswegen nicht in Deutschland abschaffen. Und die Muslime die in Deutschland leben, können nichts dafür, dass andere Religionen in anderen Ländern nicht die selben Rechte genießen. Sondern wir müssen uns an unsere eigene Verfassungslage halten. Und die heißt, Religionen sind gleichberechtigt. Und das ist ernst gemeint. Vom Recht sehr ernst gemeint und in der täglichen Praxis natürlich auch entsprechend durchzusetzen.

So ist es also Muslimen in Deutschland ohne weiteres möglich, und zwar in baurechtlich privilegierter Form, Gebetshäuser zu errichten. Der Umstand, dass es noch so wenige Moscheen gibt, denen man das auch ansieht, mit Minaretten und Kuppelbau womöglich, hängt nicht damit zusammen, dass es verboten gewesen wäre, diese Moscheen zu errichten. Es liegt schlicht an der faktischen Situation, dass die allermeisten Muslime, die zu uns gekommen sind, selbst zunächst der Meinung waren, sie würden in wenigen Jahren wieder in die Herkunftsländer zurückkehren. Dann baut man eben nicht für teures Geld irgendwo eine Moschee. Und die deutsche Gesellschaft hat sich genauso schlecht – muss man im Nachhinein sagen - darauf eingestellt, dass diese Menschen auf Dauer bei uns bleiben werden, dass sie in immer größerer Zahl auch Staatsbürger Deutschlands werden und dass sie schlicht da sind, ein präsenter gesellschaftlicher Faktor.

Aus meiner Sicht hat es jetzt keinen großen Sinn mehr, in die Geschichte zurückzublicken, was man möglicherweise alles falsch gemacht hat. Die Erwartungen haben sich auf beiden Seiten geändert, und wir müssen uns nun diesen Aufgaben neu stellen. Es gibt Wege dazu. In meiner Stadt Erlangen, gut 100.000 Einwohner, sind in den letzten zwei Jahren zwei Moscheen gebaut worden. Schöne Moscheen, denen man es ansieht, dass es solche sind. Man

erkennt tatsächlich daran, dass die Muslime sich hier auf Dauer einrichten, und das ist gut so.

Manche Moscheebauprojekte gelingen, andere gelingen nicht. Woran liegt das? Nicht an der Rechtslage, nach der Muslime eben das Recht haben, Moscheen zu errichten. Das gilt nicht immer und an jedem Ort - auch eine Kirche darf man nicht überall bauen -, aber doch generell. Ein eingetragener Verein als Träger einer solchen Moschee würde beispielsweise ohne weiteres genügen. Häufig genug liegt es daran, dass man im Vorfeld nicht hinreichend miteinander redet. Nicht miteinander redet heißt von der deutschen Seite her betrachtet, man stellt nicht die eigentlich interessierende Frage, "was sind denn das für Leute, die diese Moschee hier haben wollen? Ist es eine Gemeinschaft von Gläubigen, die ein Gemeindezentrum errichten möchten? Oder ist das eine künftige Brutstätte des Terrorismus?" Niemand wagt es, so zu formulieren. Aber es ist in sehr vielen Köpfen so vorhanden. Und dann streitet man sich über die Anzahl der Parkplätze, die vorhanden sein müssen, baurechtliche Fragen die man klären muss. In Wirklichkeit geht es um ganz andere Dinge. Umgekehrt gibt es gelegentlich auch Probleme, dass Muslime es versäumen, von vornherein auf die Gemeinde, in der sie ein solches Gebäude errichten möchten, zuzugehen und den Leuten zu erklären, was sie da eigentlich vorhaben, wer sie sind und was sie tun möchten.

Herr Lemmen hat schon sehr richtig darauf hingewiesen, dass wir eine große Bandbreite von Muslimen in Deutschland haben: Die sehr vielen, die sich ohne weiteres in unseren rechtlichen Rahmen einfügen, aber auch eine Anzahl von Extremisten. Ich nenne nur Hilafet Devleti als Beispiel, eine Organisation, die nun endlich verboten wurde, oder die Hizb al-Tahrir, deren Tätigkeit Anfang dieses Jahres ebenfalls verboten wurde. Und die Leute wissen nicht von vornherein, ob es sich um solche Metin Kaplans handelt, die bei ihnen in der Nachbarschaft einziehen oder ob das andere Leute sind. Deswegen scheint es mir sehr wichtig zu sein, von vornherein auf die Gesellschaft zuzugehen, auf die Bürgermeister, auf die örtlichen Kirchen und andere, und ihnen zu erklären, wer man ist und was man vorhat. Meiner Erfahrung nach sind die Projekte, die so angegangen wurden, allesamt erfolgreich. Nicht immer ohne Schwierigkeiten, aber erfolgreich, während die anderen nicht selten scheitern. Meiner Meinung nach hat es wenig Sinn, sich in diesem Bereich juristisch zu streiten. Es gibt das Recht, solche Moscheen zu errichten, aber der Rechtsweg - das sage ich auch als Richter - ist häufig nicht der geeignete, um einen Zustand herbeizuführen, der ein dauerhaftes fried- und respektvolles Miteinander oder wenigstens Nebeneinander ermöglicht. Und deswegen geht mein großer Appell in die Richtung, möglichst offen und transparent ins Gespräch miteinander einzutreten. Vergleichbares gilt für die Einrichtung von Friedhöfen. Auch das ist lange Zeit in Deutschland kein Thema gewesen. Bis vor 40-50 Jahren gab es dort nur sehr wenige Muslime. Das muss man auch im Auge behalten, wenn der Vergleich Christentum in der Türkei und Islam in Deutschland angestellt wird. Das Christentum ist hier fast 2000 Jahre alt. Der Islam in Deutschland ist sehr jung, 40-50 Jahre als eine Breitenerscheinung. Das heißt, wir sind an diesem Punkt in

einer ganz anderen historischen Phase. Früher war es für die meisten Muslime klar, dass sie sich nach ihrem Tod in das Herkunftsland überführen lassen. Unter den Muslimen türkischer Herkunft und den Türken in Deutschland ist das, so weit ich weiß, häufig bis heute noch der Fall. Es ist jedoch nicht ganz leicht, insbesondere ist es sehr teuer. Die Jüngeren haben dann nicht mehr die Gelegenheit, etwa die Gräber der Älteren zu besuchen. Ich weiß, dass dies im Islam vielleicht nicht so wichtig ist wie im Christentum. Auf der anderen Seite beobachten wir immer mehr die Tendenz, dass jedenfalls die verstorbenen Kinder in Deutschland begraben werden. Und auf die Dauer werden auch die Muslime in Deutschland dort bestattet sein wollen. Ich muss sagen, ich würde mich sehr darüber freuen, wenn auch das Institut des muslimischen Friedhofs in Deutschland verbreitet würde. Denn da, wo man sich bestatten lässt, hat man seine Heimat. Jedenfalls eine seiner Heimaten. Und es scheint mir sehr wichtig zu sein, dass Muslime in Deutschland und in Europa ihre Heimat finden können. Nun gibt es hier ein paar rechtliche Probleme in manchen Bundesländern. Sie wissen, dass Deutschland ein föderaler Staat ist. Manche Dinge liegen in der Kompetenz der Länder, und dazu zählt auch das Friedhofswesen. In manchen Bundesländern kann nicht jede religiöse Gruppierung einen Friedhof einrichten, sondern nur sogenannte Körperschaften des öffentlichen Rechts haben die Befugnis dazu. Von ihnen war schon die Rede. Das ist etwas besonderes, verfassungsrechtlich vorgeprägtes. Aber nicht nur christliche Kirchen können Körperschaften des öffentlichen Rechts werden. Es ist eine Frage der Zeit, bis auch Muslime sich zu solchen Körperschaften zusammenschließen können. Aus der Verfassung ergibt sich nämlich, dass andere als die bereits bestehenden Körperschaften wie christliche Kirchen solche Rechte erhalten können, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Noch haben wir keine muslimische Organisation, die so lange stabil in Deutschland arbeitet, dass sie diese Voraussetzungen erfüllen würde, aber das ist eine Frage der Zeit. Und dann können auch derartige muslimischen Gemeinschaften etwa Friedhöfe betreiben. In anderen Bundesländern genügt es, ein eingetragener Verein zu sein. Nordrhein-Westfalen, das größte Land, hat in den letzten Monaten sein Gesetz dementsprechend geändert. Ich halte das auch für richtig und wichtig. Also sind auch in dieser Hinsicht mittlerweile ganz gute Möglichkeiten erkennbar, sich zu etablieren.

Angesichts der Kürze der Zeit gestatten Sie mir, dass ich das, wie ich meine, besonders wichtige Thema des islamischen Religionsunterrichts anspreche. Herr Präsident Bardakoğlu, Sie haben in Ihrem eigenen Vortrag die Bitte formuliert, dass man in Deutschland die Notwendigkeit des islamischen Religionsunterrichts für Muslime erkennen möge. Und genau darum bemühen wir uns, eben dieses Bedürfnis zu erkennen und zu decken. Nun mag man sich die Frage stellen, gibt es nicht schon entsprechenden Unterricht? Wir haben in der Tat in Deutschland seit teilweise mehreren Jahrzehnten sogenannten muttersprachlichen Ergänzungsunterricht mit religiöser Unterweisung als einem Bestandteil. Das ist ein Relikt der "Gastarbeiter"zeit, als man sich vorstellte, dass Menschen nur für einige Jahre nach Deutschland kommen, vielleicht Kinder bekommen und dann

wieder ins Herkunftsland zurückkehren. Das gilt nicht nur im Hinblick auf Türken, sondern auch für Griechen, für Portugiesen usw. Unter solchen Vorzeichen war der muttersprachliche Ergänzungsunterricht eine sehr sinnvolle Idee. Man wollte insbesondere die Kinder nicht ihrer Kultur entfremden, ihnen keine Schwierigkeiten machen, wieder den Anschluss zu finden, wenn sie zurückkehren. Nur müssen wir natürlich auch sehen, dass sich die Lebensverhältnisse weitgehend gewandelt haben. Die Menschen, die Kinder dieser Zuwanderer der ersten Generation und deren Kinder bleiben weitgehend bei uns. Und deswegen haben sich nicht nur die Verhältnisse gewandelt, sondern zum Beispiel auch die Attraktivität des Unterrichts. In Nürnberg - die nächste Großstadt in der Nachbarschaft Erlangens -, besuchen, wie ich vom Schulreferenten gehört habe, noch ungefähr 10% der Schüler diesen Unterricht. Das heißt, dass man sich etwas Neues einfallen lassen muss, um auf die neue Situation zu reagieren. Im Rahmen dieses muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts gibt es wie erwähnt auch eine islamische Unterweisung, die durch Entsendelehrer aus der Türkei erteilt wird, die häufig genug nicht etwa als Religionslehrer ausgebildet wurden, sondern für das Lehramt in irgendwelchen anderen Fächern.

Nun sind wir dabei, uns neue Konzepte zu überlegen, wie es gelingen kann, dieses offensichtliche Bedürfnis von Muslimen, mit ihrer Religion auch im schulischen Rahmen vertraut gemacht zu werden, zu denken. Das geht naturgemäß nicht ohne Probleme ab. Ich halte es für einen normalen Zustand, dass es in einer Situation, in der die Positionen neu bestimmt werden - und zwar aus Sicht aller Beteiligten, der deutschen Gesetzgebung und Verwaltung wie auch von den zugewanderten Menschen - gelegentlich Verwerfungen gibt, Kommunikationsprobleme und auch unterschiedliche Interessen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit gleich hier nutzen, ein Problem ganz offen anzusprechen. Ich weiß, dass viele Türken, vielleicht auch manche von Ihnen Angst davor haben, dass ihre Landsleute in Deutschland germanisiert, zwangsgermanisiert werden. Sie werden mir nachsehen, dass ich das anders sehe. Und zwar nicht deshalb, weil ich deutscher (genauer: bayerischer) Beamter bin, sondern weil es der Situation tatsächlich nicht gerecht wird. Mir ist aufgefallen, dass diese Ängste und diese Diskussionen überhaupt nicht spezifisch mit der Türkei zu tun haben oder mit Deutschland.

Ich habe mir die Mühe gemacht, in den Protokollen des Reichstags aus einer Zeit nachzulesen, in der Deutschland zum vorletzten Mal sein Staatsangehörigkeitsrecht grundlegend geändert hat; das war 1913. Zu dieser Zeit war Deutschland ein Auswanderungsland. Viele Deutsche sind aus wirtschaftlichen Gründen z.B. nach Amerika ausgewandert. Und wenn Sie die Diskussionen nachlesen, die im Deutschen Reichstag 1913 geführt wurden, werden Sie exakt dieselben Argumente vorfinden - damals von deutschen Regierungsvertretern -, die heute teilweise von türkischer Seite formuliert werden. Nämlich die begriffliche Sorge, was passiert mit unseren Leuten? Wollen wir nicht versuchen, einen engen Kontakt zu halten? Vielleicht sind sie ja auch unsere Botschafter? Unsere Interessenvertreter in dem neuen Land? Wie

gesagt, das war die Diskussion etwa um die doppelte Staatsangehörigkeit, damals aus deutschem Munde und heute aus anderem Munde.

Die Ausrichtung der Diskussion hängt offenbar einzig und alleine davon ab, ob man ein Zuwanderungsland ist oder ein Land, aus dem die Leute wegwandern. Nichts besonders neues unter der Sonne also. Und wenn wir uns das klar machen, wird die Diskussion vielleicht entspannter. Wir stellen fest, dass die Muslime in Deutschland zwar in ihrer großen Mehrheit türkischstämmig ist, oft auch noch mit türkischer Staatsangehörigkeit, dass es aber eben auch andere gibt. In meiner Stadt Erlangen wurde in einer Erhebung des Ausländerbeirats und der christlich-islamischen Arbeitsgemeinschaft festgestellt, dass muslimische Schüler in den Grundschulen (Klassenstufen 1-4) zu fast 50% nicht türkischer Herkunft sind. Das ist eher untypisch für Deutschland, denn meistens sind die Türkischstämmigen stärker vertreten. Immerhin, im Moment ist es so, dass all diese Schüler, die nicht Türkisch können, überhaupt keinen islamischen Religionsunterricht haben. Das können wir auf Dauer nicht durchhalten. Wir stellen zudem fest - das sagen uns Sprachwissenschaftler -, dass auch die Türken der zweiten, dritten, vierten Generation häufig nicht mehr gut Türkisch können. Das werden Sie vielleicht selbst im Austausch gelegentlich feststellen. Und ein weiteres kommt hinzu: Die muslimischen Kinder, gleich welcher Herkunft, sollen über ihre Religion mit der Gesellschaft insgesamt reden können. Wenn hier z.B. Feste gefeiert werden, dann sollen sie etwas beitragen können, was ihre Religion, was ihre Kultur ausmacht. Und das können sie in Deutschland nur auf Deutsch artikulieren, denn der allergrößte Teil nicht türkischstämmiger Menschen in Deutschland kann kein Türkisch. Das bedeutet, dass die deutsche Sprache auch in diesem Punkt der Schlüssel zur Verständigung ist.

Nicht zuletzt müssen wir bedenken, dass die deutsche Verfassung uns gar keine andere Wahl lässt als einen nicht nach Nationalitäten getrennten Religionsunterricht anzubieten. Der Religionsunterricht ist an öffentlichen Schulen ein ordentliches Pflichtfach, der in Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den jeweiligen Religionsgemeinschaften zu organisieren ist. Dann können wir gar nicht anders, als einen Unterricht im Rahmen einer Verantwortung von Muslimen in Deutschland einzurichten, mit deutschen Lehrplänen und in deutscher Sprache.

Etwas ganz anderes ist es, künftig weiterhin einen türkischsprachigen Unterricht an unseren Schulen zu etablieren, und zwar dauerhaft. Ich befürworte etwa, Türkisch als Fremdsprache einzuführen. Da zucken Sie vielleicht zusammen: Wie können Türken, türkischstämmige Menschen Türkisch als "Fremdsprache" erlernen? Aber das ist nur ein Begriff. Es geht um den Unterricht in einer weiteren Sprache neben dem Deutschen, bei der man dann die Menschen auch mit der türkischen Kultur weiterhin vertraut machen kann. Das könnte man dann auch für die nicht türkischstämmigen deutschen Schüler öffnen, die zum Teil auch ein großes Interesse daran haben, in Kontakt zu kommen. Das wäre eine wirklich gute Möglichkeit die beiden Dinge - religiöse Bildung und sprachlich-

kulturelle Bildung voneinander zu trennen und türkisches Kulturerbe, das auch eine Bereicherung unserer Gesellschaft darstellen kann, weiterzutragen. Aber der Religionsunterricht, den wir schon aus rechtlichen, aber wie ich meine auch aus den übrigen genannten Gründen gar nicht anders organisieren können und sollen als eben skizziert, wirft noch ein weiteres Problem auf. Die Meinungen, die Ausrichtungen, der in Betracht kommenden muslimischen Organisationen für einen solchen Unterricht sind ja sehr vielfältig. Es gibt hier ein breites Spektrum. Nun ist es so, dass der deutsche Staat ja einen verlässlichen Gesprächspartner braucht, wenn es darum geht, die Lehrpläne auszuarbeiten und zu sagen, wer unterrichten soll. Das ist im Grundsatz Sache der Religionsgemeinschaften, und der deutsche Staat muss mit denjenigen reden, die vorhanden sind, sofern sie denn auf dem Boden der Verfassung stehen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Jedoch ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, dass der deutsche Staat sich sozusagen seinen Wunschgesprächspartner auf muslimischer Seite herausucht und sagt, wir reden nur mit euch. Denn die Religionsfreiheit und die Freiheit, sich auch so zusammenzuschließen, dass man die Voraussetzungen eines Ansprechpartner erfüllt, steht im Grundsatz jedem in Deutschland zu. Jede größere Gruppe, die sich in stabiler Weise zusammenschließt und die ein erkennbares, intern legitimes religiöses Profil hat, kann vom deutschen Staat verlangen, dass ein entsprechender Religionsunterricht eingerichtet wird. Und es muss nicht einen einzigen Islamunterricht geben. Es gibt bei uns, das wissen Sie vielleicht nicht, auch nicht einen einzigen christlichen Religionsunterricht, sondern katholischen, evangelischen, griechisch-orthodoxen, serbisch-orthodoxen usw, daneben auch jüdischen und mittlerweile buddhistischen Unterricht. Je nach örtlichem Bedarf herrscht entsprechende Vielfalt. Deswegen werden wir auch damit rechnen müssen, dass wir mehrere Islamunterrichte bekommen werden. Ganz konkret beispielsweise ist zu erwähnen, dass in mehreren Ländern Anträge auf Einrichtung eines alewitischen Religionsunterrichts gestellt wurden. Den werden wir in ein paar Jahren aller Voraussicht nach in Deutschland in Schulen, die von vielen alewitischen Schüler besucht werden, vorfinden.. Die Alewiten sind ja theologisch, wie wir alle wissen, so weit vom sunnitischen Islam entfernt, dass es keinen Sinn hat, beide irgendwie zusammenpressen zu wollen.

Auf der anderen Seite tut man sich gelegentlich sehr schwer, jetzt die ersten wichtigen Schritte in Richtung auf einen solchen Unterricht - mit entsprechenden Schulversuchen - zu gehen. Solche Schulversuche mit freiwilligem Unterrichtsbesuch müssen nicht in allen Punkten die strengen rechtlichen Voraussetzungen für einen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach erfüllen. Aber wenn es nicht ein gewisses Maß an Einigkeit unter den Muslimen gibt, dass man also versucht, die internen Auseinandersetzungen zwar nicht völlig wegzuwischen, aber doch zu minimieren, dann wird auch die Einrichtung von Schulversuchen schwierig. Und ich kann nur noch einmal wiederholen, dass es

nach der deutschen Rechtslage nicht möglich ist, irgendeiner, und sei es auch der größten Organisation, einen Alleinvertretungsanspruch zu geben.

Es geht wohl nicht anders als sich gemeinsam an die Runden Tische zu setzen, die in verschiedenen Ländern angeboten werden. Denn sonst ist zu erwarten (was ich sehr bedauern würde), dass eine Organisation, die sagt, ich beteilige mich nicht, wenn die anderen kommen, schlicht nicht mehr eingeladen werden kann. Man kann eben nicht die anderen ausladen, nur weil eine Organisation sagt, "nur mit uns und mit keinem Anderen". Deshalb geht mein dringender Appell dahin, keine solche Monopolisierungs- oder Verweigerungshaltung zu pflegen; es ist gerade auch der Islam in seiner türkischen Ausprägung, der uns in Deutschland ganz besonders willkommen sein kann. Nutzen Sie Ihre Chancen, hier in das Gesamtgespräch zu kommen, und stellen Sie vielleicht gewisse Berührungsängste zurück, die ich gut nachvollziehen kann. Man muss sich einen Unterschied klar machen: In Deutschland stellt sich im Zusammenhang mit dem Islam nicht die Machtfrage. Und das wird auch, so weit ich mir es vorstellen kann, künftig nicht so sein. Das ist ein anderer Kontext als in manchen Ländern der islamischen Welt. Und deswegen müssen wir in Deutschland nach unseren eigenen Verhältnissen arbeiten. Wir können gar nicht anders als mit all denen zu reden, die sich zu Wort melden.

Um zum Schluss zu kommen und für die Diskussion noch Raum zu lassen, möchte ich festhalten, dass es zweifellos Probleme im Zusammenleben gibt. Viele resultieren daraus, dass wir füreinander in vielen Bereichen neu sind, dass man sich erst einmal kennen lernen muss. Wir dürfen auch bestehende Probleme nicht wegdiskutieren. Viele davon haben nichts mit Religion zu tun, sondern mit anderen Dingen. Darauf werde ich später im zweiten Referat noch zu sprechen kommen. Aber ich glaube, wir sollten die ungeheure Chance ergreifen, die insbesondere die Gegenwart der türkischen und türkischstämmigen Muslime in Deutschland darstellen kann. Sie sind aus meiner Sicht prädestiniert dazu, Brücken zwischen unseren beiden Ländern zu bilden, weil sie von beiden Kulturen etwas verstehen und das Gute von beiden Seiten in den Austausch einbringen können. Aber dazu bedarf es eben der Bereitschaft, sich auf die örtlichen Gegebenheiten und Besonderheiten einzustellen. Dies sage ich verbunden mit der Bitte, die begrifflichen Ängste, Menschen zu "verlieren", diese Ängste, dass hier Menschen unter Druck eingenommen werden, auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Dann können wir, glaube ich, feststellen, dass sehr vieles von dem, was auf beiden Seiten an falschen Vorstellungen vorhanden ist, sich deutlich relativieren lässt, zum Nutzen einer, wie ich hoffe, doch noch sehr viel besseren gemeinsamen Zukunft.

Weiterführende Veröffentlichungen des Referenten:

Mathias Rohe, Der Islam – Alltagskonflikte und Lösungen. Rechtliche Perspektiven, 2. Auflage Freiburg i. Br. 2001 (Herder)

Mathias Rohe, Islam und deutsche Rechtsordnung – Möglichkeiten und Grenzen der Bildung islamischer Religionsgemeinschaften in Deutschland, in:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Bürger im Staat – Islam in Deutschland, 2001, S. 233-240

Mathias Rohe, Rechtliche Perspektiven eines islamischen Religionsunterrichts in Deutschland, ZRP 2000, S. 207-212